

nr. 6 – oktober 2016

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Lärmschutz in der Köpenicker Straße? [Seite 4:](#) Tennishalle versus Schulerweiterung
[Seite 10:](#) Parkraumbewirtschaftung [Seite 11:](#) Das Marinehaus am Märkischen Ufer



Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und wissen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net

Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 24. Oktober. Unser letztes Bilderrätsel zeigte die Giebel der Häuser Schmidstraße 3 und 5. Gewonnen hat Torsten Brückner – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Trauer um Klaus Duntze

(6.2.1935–26.7.2016)

Ende Juli wurde bekannt, dass Dr. Klaus Duntze, Gründungsmitglied des Bürgervereins Luisenstadt, verstorben ist. Er wurde 81 Jahre alt.

Er war ausgebildeter Theologe, Pfarrer (an der Marthakirche, Glogauer Straße, und später der Thomaskirche), zudem hoch geachteter Stadthistoriker und Buchautor. Er kam aus Süddeutschland und bald zog es ihn, zu Zeiten der Mauer, nach Westberlin. In Kreuzberg, SO 36 fand er Berufung und Aufgabe, er wurde zu einem der Wegbereiter für die behutsame Stadterneuerung im Westberlin der 70er und 80er Jahre. Nach dem Fall der Berliner Mauer lag ihm insbesondere das (nicht nur stadträumliche) Zusammenwachsen der zerschnittenen historischen Luisenstadt am Herzen. Mit die-

sem Anliegen war er nicht allein: Zusammen mit anderen Aktiven in Ost und West war Klaus Duntze Gründungsmitglied des »Bürgervereins Luisenstadt« und gehörte bis zu seinem Tod unermüdlich zu den Aktiven im Verein.

Er verfasste u.a. das Buch »Der Luisenstädtische Kanal« – ein Standardwerk zur Geschichte der Luisenstadt. Der Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axtelm hat einen ausführlichen, bewegenden und lesenswerten Nachruf verfasst, der auf der Website des Bürgervereins nachzulesen ist: www.buergerverein-luisenstadt.de us

Die nächste »Ecke Köpenicker« erscheint Anfang November. Redaktionsschluss ist Freitag, der 21. Oktober.

Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de sowie auf der Website des Bürgervereins Luisenstadt: www.buergerverein-luisenstadt.de

Termine

Alle Veranstaltungen finden im Stadteilladen »dialog 101«, Köpenicker Straße 101 statt.

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich das nächste Mal am Dienstag, dem 11. Oktober um 18.30 Uhr. Als Interessenvertretung der Bürger ist sie ein wichtiges Gremium im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen sind öffentlich, jeder, der dreimal teilgenommen hat, wird stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich über neue Mitstreiter!

Bürgersprechstunde im Stadteilladen

Jeden Montag von 14 bis 18 Uhr steht das Koordinationsbüro KoSP als Gebietsbetreuer des Sanierungsgebiets bei einer Bürger- und Akteursprechstunde zur Verfügung, um Fragen rund um das Sanierungsgeschehen zu beantworten. Zudem bearbeitet das Koordinationsbüro sämtliche Nutzungsanfragen für den Stadteilladen. Dieser steht für Aktivitäten und Veranstaltungen mit Quartiersbezug unentgeltlich zur Verfügung. Mehr Informationen auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Runder Tisch Köpenicker

Am Runden Tisch werden aktuelle Probleme im Sanierungsgebiet debattiert. Er findet alle zwei Monate statt. Nächster Termin: Dienstag, 8. November, 11–13 Uhr

Stadtteilkoordination

Offene Sprechstunde: mittwochs 15–18 Uhr
Kontakt: Sylvia Euler, KREATIVHAUS e.V., Fischerinsel 3, 10179 Berlin, Telefon (030) 238 09 13, E-Mail: stadtteilkoordination@kreativhaus-tpz.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 28331 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Lärmschutzwände an der Köpenicker?

Der »Runde Tisch Köpenicker« diskutiert über die Clubs im Kraftwerk

War es in diesem Sommer ruhiger an der Köpenicker Straße als in den Jahren zuvor? Beim Treffen des »Runden Tisches Köpenicker« am 13. September standen die Clubs »Kraftwerk« und »Tresor« im ehemaligen Heizkraftwerk Mitte im Mittelpunkt – oder vielmehr der Lärm, der von den Besuchern ausgeht

Im »Kraftwerk« zum Beispiel fand Ende August wieder das internationale Festival »Atonal« statt. Fünf Tage lang war die Köpenicker 70 ein Zentrum experimenteller elektronischer Musik. Mehr als 100 Künstler aus der ganzen Welt traten hier auf, oft mit Premieren ihrer neuesten Werke. Atonale Musik ist nicht unbedingt etwas, bei dem die Nachbarschaft an lauen Sommerabenden gerne mal mitwippt. Beklagt wurden die Aufführungen am Runden Tisch aber nicht, offenbar funktioniert der Lärmschutz im ehemaligen Industriebau inzwischen sehr gut. Als störend empfinden die Anwohner vielmehr den Publikumsverkehr, der unweigerlich eben auch Lärm verursacht. Und nicht nur den: So reichten die zusätzlichen Fahrradständer bei weitem nicht aus, um die Räder der Festivalbesucher aufzunehmen. Der Zaun um das WBM-Grundstück auf der gegenüberliegenden Straßenseite wurde deshalb zum Ersatz-Fahrradbügel – und dabei gehörig in Mitleidenschaft gezogen. Am Runden Tisch verständigten sich WBM-Mitarbeiter und die »Kraftwerk«-Geschäftsführung auf künftig bessere Kooperation.

Grüne Lärmschutzwände angeregt

Als störend empfunden wurde in erster Linie der Besucherlärm – vor allem im Hochsommer, wenn die Außenbereiche des Kraftwerk-Geländes häufig genutzt werden, Anwohner aber natürlich auch gern ihre Fenster offen lassen wollen. »Wir können die Gäste nicht auf den rückseitigen Hof lassen. Dort steht das neue Heizkraftwerk, er ist das Vattenfall-Werks-gelände, hier gelten deshalb natürlich auch besondere Sicherheitsvorschriften«, sagt Tjabo Reuter vom »Kraftwerk Berlin«. »Deshalb darf da keiner rauf, noch nicht mal die Techniker der Künstler.« Derzeit gebe es Überle-

gungen, eine Lärmschutzwand zur Köpenicker Straße hin zu errichten: »Wir haben schon Kontakt mit einem bayrischen Hersteller aufgenommen, doch das würde nicht billig. Und für optimalen Lärmschutz müsste die Wand eigentlich 20 Meter hoch sein, weil die Schallwellen auch an der Wand des Kraftwerks reflektieren.«

Am Runden Tisch plädierten Teilnehmer für möglichst »grüne« Varianten. Im Umfeld der Köpenicker gebe es Akteure, die über entsprechende Erfahrungen und Kontakte verfügten: der Holzmarkt etwa, der Spreeacker oder der Mörchenpark. Eine bewachsene Lärmschutzwand würde in der Nachbarschaft als Bereicherung wahrgenommen und deshalb zusätzlich zum Schallpegel auch den Ärger über den Lärm dämpfen. Denn bei der Empfindung von Lärmbelastung spiele auch die Psyche eine wichtige Rolle. In der Tat: bei Bürgerversammlungen zur Neugestaltung von Grünanlagen sagen Anwohner immer wieder, dass Hecken in Parks vom Verkehrslärm abschirmen würden – obwohl Lärmmessungen kaum Unterschiede zeigten.

Red Hot Chili Peppers partout unter eigenem Strom

Die stärkste Kritik bekam aber trotz des großen Publikumsverkehrs nicht das »Atonal« ab, sondern eine Veranstaltung der Deutschen Telekom: Anfang September spielten die »Red Hot Chili Peppers« im Kraftwerk, wofür der Telekommunikationskonzern tief in die Tasche gegriffen haben muss. Das Ereignis wurde in den sozialen Medien vermarktet und per »360-Grad-Livestream« ins



weltweite Netz übertragen: Mit Spezialbrillen oder per Smartphone konnte man dabei im Rundumblick zuschauen.

Die Veranstalter hatten darauf bestanden, dieses Event durch zwei eigene Stromgeneratoren abzusichern. Dass direkt nebenan im Heizkraftwerk sowieso Generatoren ganz anderer Größenordnungen betrieben werden, spielte für das Management der Band offenbar keine Rolle. Das »Kraftwerk Berlin« konnte lediglich darauf pochen, dass die mobilen Generatoren lärmtechnisch auch den Vorschriften für die Nutzung in Wohngebieten entsprechen. Außerdem sollten sie nach der Veranstaltung um Mitternacht abgeschaltet werden – was entgegen der Absprache jedoch nicht geschah. Für die Nachbarn war das ärgerlich, denn tagsüber war es über 30 Grad heiß gewesen und viele wollten nachts bei geöffnetem Fenster schlafen. Was bei rumorenden Generatoren schwierig ist.

»Mir tut das sehr leid, das war nicht so geplant«, entschuldigte sich Tjabo Reuter am Runden Tisch, »wir haben alles versucht, was wir konnten. Es kommt auch sehr selten vor, dass die Veranstalter auf eigenen Generatoren bestehen.«

Mit Lärmschutz-Abschirmungen auf dem Außengelände hätte auch diese Belästigung verhindert werden können. Allerdings zeigt das Beispiel auch, dass sich das »Kraftwerk Berlin« tatsächlich bemüht, Rücksicht auf die Nachbarn zu üben. cs

Schulstandort und Tennishalle

Debatten um den Westlichen Melchiorblock

In die festgefahrene Debatte um die Entwicklung des »Westlichen Melchiorblocks« scheint Bewegung zu kommen. Auf dem Areal soll einerseits das seit vielen Jahren leer stehende Schulgebäude in der Adalbertstraße zu einem vierzügigen Schulstandort ausgebaut werden. Andererseits kämpft ein Tennisclub auf dem Areal um die von ihm aufgebauten Anlagen, in denen auch viel ehrenamtliche Arbeit steckt.

Das Stadtplanungsamt hatte zuvor drei Vorschläge des Büros »Planergemeinschaft Kohlbrenner« zur Neugestaltung des Blocks vorgelegt.

Anfang September hatte ein Treffen zwischen der für die Schule und Sport zuständigen Stadträtin Sabine Smentek, der Leitung des Schul- und Sportamtes und dem Vorstand des Tennisclubs Berlin Mitte Albert Gutzmann e.V. stattgefunden. Dabei soll man sich auf einen neuen Vorschlag zur Entwicklung des Bereichs verständigt haben. Keine der drei Varianten, die im Auftrag des Stadtplanungsamts erarbeitet worden waren, fand dabei den Konsens aller Gesprächsbeteiligten. Denn entweder war dort ein Abriss der Tennishalle in der Mitte des Blockes vorgesehen – dem der Tennisclub ganz entschieden widerspricht. Oder die derzeit noch leerstehende Schule in der Adalbertstraße ließe sich nicht auf vier Züge ausbauen, wie es das Schul- und Sportamt fordert.

Ein Kompromiss könnte nach Ansicht des Clubs darin bestehen, die Tennishalle zu erhalten und künftig den Tartan-Platz im Freien gemeinsam für Schul- und Vereinssport zu nutzen. Auf dem Dach einer neuen zweigeschossigen Schulsporthalle könnte der Schulgarten einen neuen geschützten Standort finden und somit der Schulhof um die Fläche des bisherigen Schulgartens erweitert werden. Auf der Strecke blieben dabei jedoch die Einrichtung eines Kinderspielfeldes auf jener Fläche, auf der jetzt die Tennishalle steht, sowie eine Durchwegung zwischen Köpenicker und Melchiorstraße.

Tennisclub mit besonderer Geschichte

»Es ist zweifelhaft, ob diese Durchwegung überhaupt umsetzbar wäre«, meint Fred Bruss, der zweite Vorsitzende des TC Berlin Mitte. Denn der müsste auch der Eigentümer der Köpenicker Straße 125 zustimmen, durch deren Hofeinfahrt sie verlaufen soll. »Genau zwischen dem A&O-Hostel und den Clubs im Kraftwerk würde das doch nur unerwünschte Personen auf den Hof locken – nicht bloß Touristen und Clubgänger, sondern auch Drogenhändler.« In der Tat gilt die Köpenicker Straße in diesem Abschnitt als gefährdet. Zwar nicht vergleichbar mit dem Kotti in Kreuzberg oder dem RAW-Gelände in Friedrichshain, aber doch so, dass die Polizei dort für diesen Herbst systematische Drogenkontrollen angekündigt hat. Der Tennisclub hat zudem eine besondere Geschichte. Er entstand kurz nach der Wende in einer Gehörlosenschule in Alt-Mitte. Dort sollten die Europameisterschaften im Gehörlosen Tennis stattfinden. Engagierte Lehrer und Tennisspieler hatten dafür extra eine an den Schulhof grenzende ungenutzte Fläche ausgebaut – in der Annahme, es handele sich um ein bezirkseigenes Grundstück. Doch kaum wa-



ren die Arbeiten beendet, stellte sich heraus, dass es »rückübertragungsbefangen« war, also einem Alteigentümer übergeben werden musste. Der jetzige Standort an der Melchiorstraße wurde dann als Ersatz angeboten. Und auch hier packten die Vereinsmitglieder beim Ausbau mit an: »Die Tennishalle haben wir im Jahr 2002 gebaut, da mussten wir vorher mit eigener Hand erst mal die Trümmer beräumen,« erzählt Fred Bruss. »Zudem haben wir einen Kredit über 600.000 Euro aufgenommen, den wir jetzt erst abbezahlt haben. Außerdem stecken auch noch öffentliche Fördermittel des Bundes in der Halle, die bei einem Abriss zurückerstattet werden müssten.« Und auch jetzt erinnert der TC Berlin eher an den FC Union Berlin als an Luxus-Tennisvereine: Die Mitglieder legen selbst Hand an, bei jährlich mindestens fünf »Aufbaustunden«. Dafür sind wiederum die Mitgliedsbeiträge vergleichsweise niedrig.

Vehement gegen den Abriss

Wegen dieser Geschichte dürfte es also kaum verwundern, warum sich der Club so vehement gegen den Abriss der Halle ausspricht, auch wenn ihm dafür im Gegenzug neue Tennisanlagen in der neu zu errichtenden Mehrfachsporthalle angeboten wurden – und auf deren Dach: »Tennisplätze auf dem Dach gibt es sonst in der gesamten Region Berlin-Brandenburg nirgendwo. Ich habe so etwas nur von Dubai gehört«, sagt Fred Bruss. Auch befürchte man Ärger mit den Nachbarn in den neuen Eigentumswohnungen drumherum, weil sich der Lärm vom Dach aus ungedämmt ausbreiten kann. Zudem ist fraglich, ob sich überhaupt eine Versicherung fände, die für etwaige Schäden herunterfallender Tennisbälle aufträte: »Der trifft einen Motorradfahrer – was dann?«

Die Planer des Blockkonzeptes hätten sich laut Fred Bruss während ihrer Untersuchung nicht eingehend mit dem Tennisclub auseinandergesetzt. »Offizielle Gespräche haben mit uns nicht stattgefunden. Das Gespräch mit Frau Smentek war das erste.« Der Bezirk ist Eigentümer des Grundstücks und erhält dafür eine geringfügige Pacht vom Tennisclub. Dem Verein gehört dagegen die Halle, ein Abriss gegen seinen erklärten Widerstand wäre deshalb juristisch wohl nur schwer umsetzbar. Politisch sowieso, denn die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt hat sich klar gegen den Abriss der Halle positioniert. Und auch in der BVV sehen das einige kritisch. Eine öffentliche Debatte hat dort noch nicht stattgefunden.

cs/us

Kommentar

Die Dichte steigt

Der öffentliche Raum braucht keine soziale Feuerwehr, sondern verlässliche Aufmerksamkeit – und einen Etat

Der öffentliche Raum ist – trotz Facebook und Google – essentiell für Städte, das heißt: für die Menschen, die sich darin nach wie vor analog bewegen. Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Privatisierung öffentlichen Raumes heiß debattiert wurde: Weil es eben nicht egal ist, ob ein Platz, eine Straße, ein Park der Stadt gehört oder dem Investor XY, der dann kraft privater Security-Trupps bestimmt, wer sich an diesem Ort aufhalten darf und wer nicht. (Versuchen Sie mal, am Lageso oder auf dem Vorplatz der Spandau Arcaden zu fotografieren.)

Heute stellen sich noch ganz andere Fragen. Berlin wächst, und damit teilen sich auch immer mehr Menschen den öffentlichen Raum. Anwohner. Migranten aus Stuttgart, Spanien, England oder Rumänien. Touristen. Kriegs- oder Armutsfüchtlinge, Obdachlose. Man könnte das soziologisch sicher feiner differenzieren. Unbestritten ist jedoch, dass der vorhandene öffentliche Raum nicht größer wird, obwohl sich immer mehr Menschen darin bewegen. Physikalisch ausgedrückt: die Dichte steigt.

Dabei gibt es sehr unterschiedliche Interessen und Ansprüche: Touristen erwarten einen möglichst hohen Erlebnisfaktor, Anwohner wollen einfach ihren Alltag bewältigen, Zuzügler ihr neues Umfeld kennenlernen. Und dann gibt es jene, die schlicht auf den öffentlichen Raum angewiesen sind: Weil sie keine Wohnung mehr haben oder aus anderen sozialen Rastern gefallen sind, weil sie Gesellschaft und Kommunikation brauchen, sich aber keine Café- oder Kneipenbesuche leisten können, oder weil sie als Geflüchtete Orientierung suchen in der großen Stadt.

Nicht zuletzt: Mit dem Touristengeschäft brummt auch die Dealerszene. Inzwischen steht in jedem Reiseführer zur sexy Metropole, wo die Hotspots sind, wenn man sich mal einen Kick verschaffen will: Görli, Kotti, RAW ... Die Abnehmer sind da und damit auch der Markt und die Händler.

Der öffentliche Raum ist Arena und zugleich Spiegel der Gesellschaft. Und weil Berlin eine Stadt voller Kontraste und auch Konflikte ist, bleibt auch der öffentliche Raum nicht konfliktfrei. Immer dann, wenn irgendwo eine Situation zu eskalieren droht (ob am Görli, Kotti oder Alex, am Leo, U-Bahnhof Turmstraße oder an der Köpenicker Straße) werden ad hoc Interventionsteams beauftragt. Dann tagen Runde Tische; Polizei, Präventionsbeauftragte, Mediatoren und Sozialarbeiter werden losgeschickt, letztere meist mühsam über unterschiedliche Töpfe finanziert.

Streetworker, Sozialarbeiter und Mediatoren sind aber keine gesellschaftliche Feuerwehr, die man immer mal dann rufen kann, wenn es gerade brennt. Man sieht es am »Leo«: Geduldige Kontinuität und Verlässlichkeit erzeugen Vertrauen und Erfolge. Entsteht ein auch nur kurzzeitiges Vakuum, weil eine »Fördermaßnahme« zu Ende ist und es auch gerade anderswo brennt, können die nächsten Sozialarbeiter wieder von vorn anfangen.

Es reicht nicht, wenn die Bezirke immer wieder hier und da in ihren ohnehin knappen Etats herumstochern müssen, um die »soziale Feuerwehr« irgendwie zu bezahlen, für zwei oder drei Jahre. Es wäre wichtig, dass das Land Berlin den öffentlichen Raum als Pflichtaufgabe anerkennt und einen verlässlichen, kontinuierlichen Etat für Sozialarbeit bereithält. Immerhin sprudeln die Steuereinnahmen auch durch Tourismus im öffentlichen Raums kräftig. Es wäre angebracht, dieses Geld zu reinvestieren: für Befriedung öffentlicher Plätze, für das Kümmern um jene, die auf diesen offenen Raum angewiesen sind, für gestresste Anwohner. Eine Stadt, die mit ihrer Weltoffenheit und Diversität wirbt, hat auch die Pflicht, sich zuverlässig um die Verträglichkeit im öffentlichen Raum zu kümmern. Dazu gehört übrigens auch eine nicht kaputtgesparte Polizei – denn es kann nicht die Aufgabe von Sozialarbeitern sein, sich der Dealerszene entgegenzustellen.

us

Bildecke



Ch. Eckelt

Auf dem Dienstweg versandet?

Der Leopoldplatz im Rückfall: Es mangelt auch an der Aufmerksamkeit der Bezirksverwaltung

Die Bänke sind leer. Drei Jahre nach der feierlichen Eröffnung des neugestalteten Leopoldplatzes wird der Aufenthaltsbereich für die »Szene« kaum noch genutzt. Sie nimmt den von ihr selbst mitgeplanten Ort nicht mehr an. Gründe dafür sind die neu auflebende Drogenszene, enttäuschte Hoffnungen, erlittene Kränkungen und vielleicht auch Angst vor der eigenen Courage. Hinzu kommt ein Rückgang an behördlicher Aufmerksamkeit und politischem Handlungswillen, nachdem der Platz aus den Negativschlagzeilen verschwunden war: Der Leopoldplatz ist sozusagen allmählich auf dem Dienstweg versandet.

Ein Netzwerk von Akteuren

Die Neugestaltung des Leopoldplatzes war eine der ersten und vielleicht die bedeutendste Aufgabe im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Der zentrale Wedding Stadtplatz wurde zwischen 2010 und 2013 baulich umgestaltet und sollte zugleich sozial befriedet werden. Eine dringend notwendige Intervention, denn der Leo galt bis dahin öffentlich als ein verkommenes Ort, den man besser mied; als »Schandfleck«, der auf den gesamten Stadtteil ausstrahlte.

»Am schönen alten Leopoldplatz geht Berlin stinkend im Alkohol unter«, so hatte im Oktober 2009 die BZ drastisch getitelt. Dabei konnte sie sich auf Anwohner berufen, die gegen die Zustände auf dem vorderen Platzteil protestiert hatten: mit Demos, Unterschriftensammlungen und bei diversen Bürgerversammlungen. Im Zentrum des Unmuts stand dabei die lokale Trinkerszene, die sich an diesem Ort ständig und in großen Gruppen aufhielt und den Platz klar dominierte.

Damals entstand unter großem Engagement vieler Anwohner am Runden Tisch Leopoldplatz ein neuer Lösungsansatz: Bei der Platz-



neugestaltung sollten »Problemgruppen« nicht verdrängt werden. Vielmehr wurde gemeinsam mit ihnen eine Planung entwickelt und umgesetzt, in der sie auch einen eigenen Aufenthaltsbereich mitgestalteten: mit Tischtennisplatte, Überdachung, Toilette.

Ebenso wichtig wie die Beteiligung der Anwohner am Runden Tisch war aber auch die Einrichtung der »Praktikerrunde«, in der sich Mitarbeiter des Bezirks, der Sanierungsbeauftragten, des Polizeiabschnitts, der BVG, des Leopoldcenters, des Marktbetreibers, der Kirchengemeinde und die Sozialarbeiter regelmäßig zusammenfanden. Das vom Bezirk beauftragte »Soziale Platzmanagement« von Gangway e.V. mit Sozialarbeitern und einer Konfliktmediatorin vermittelte dort mehr als nur die Sichtweise der Szene.

»Es dauerte ungefähr ein Jahr, bis wir im September 2011 die Runde zusammenhatten«, erzählt die Mediatorin Dr. Franziska Becker. »Allein mit dem neugebauten Aufenthaltsbereich und der Straßensozialarbeit wären die Probleme nicht in den Griff zu bekommen gewesen. Man braucht auch ein Netzwerk von Akteuren im Umfeld, die sich zusammen dafür einsetzen, dass die vereinbarten Regeln auch eingehalten werden.«

Heute jedoch trifft sich die lokale Trinkerszene statt am Leo lieber auf der gegenüberliegenden Seite der Müllerstraße: am Rathaus Wedding und vor dem U-Bahn-Eingang am Leopold-Center, oder auch etwas weiter entfernt am »schwarzen Netto« neben dem S-Bahnhof Wedding. Einige haben sich auch nach Moabit abgesetzt, in den Kleinen Tiergarten. Auf den vorderen Leopoldplatz ist die Szene nicht wieder zurückgekehrt, je-

denfalls nicht so stark wie in den Jahren vor der Platzerneuerung.

Hier sieht man inzwischen ein ganz buntes Publikum: Studenten der benachbarten Beuth-Hochschule verweilen auf den langen Bänken und am Wasserspiel ebenso wie Flüchtlinge aus dem Heim in der Pankstraße, Familien, Frauen mit oder ohne Kopftuch, Anwohner aller Altersklassen und Herkünfte. Manchmal sind auch kleinere Gruppen der »klassischen Trinker« darunter – aber sie dominieren den Platz nicht mehr.

Die Szene verlässt ihren Aufenthaltsbereich

Im Winter 2013/2014 hatten (wohl überwiegend osteuropäische) Kleindealer den Aufenthaltsbereich entdeckt. Kurz zuvor war hier anstelle provisorischer Dixi-Klos eine neue dauerhafte Toilettenanlage der Firma Ströer aufgestellt worden. Diese war von allen Beteiligten gefordert worden, um dem unerträglichen Urinieren im öffentlichen Raum, insbesondere an der Kita auf dem Gelände, ein Ende zu setzen. Auch die Szenegrüppchen selbst hatten eine solche feste Toilette gewünscht. Das geräumige Bauwerk wurde jedoch bald auch von Heroinsüchtigen genutzt, die sich hier oft zu mehreren einschlossen und Heroin (»Folie«) rauchten. Es kam gelegentlich zu Konflikten zwischen Trinkern und Dealern. Als im Frühjahr 2015 das Landeskriminalamt gezielt Razzien am Aufenthaltsbereich durchführte, eskalierte die Situation.

Bei einer solchen Razzia wurde nämlich ein Depot mit Heroinkügelchen auch auf dem Außengelände des »Trinkraums Knorke« entdeckt. »Knorke« war ein Projekt, mit

dem engagierte Gemeindemitglieder der Nazarethkirchengemeinde die Situation auf dem Leo sehr positiv beeinflusst hatten: Im Hintergebäude des Gemeindehauses wärmte sich die Szene nicht nur auf – man traf sich auch dort, es wurde gekocht und man konnte Sozialarbeiter um Rat fragen. Das »Knorke« erhielt keine staatliche Unterstützung, die Gemeinde finanzierte lediglich eine halbe Sozialarbeiterstelle. Praktisch wurde das Projekt zu einem großen Teil von der Szene selbst organisiert. Mehrere Jahre lang ging das auch gut. Doch nach dem Drogenfund kam der Gemeindegemeinderat zu dem Schluss, dass der weitere Betrieb nicht mehr verantwortbar sei und der Trinkraum umgehend geschlossen werden müsse. Für viele in der Szene war das ein heftiger Schlag, den sie bis heute noch nicht verarbeitet haben.

Gleichzeitig häuften sich die Razzien am Aufenthaltsbereich. Mit konzentrierten Repressionskampagnen sollten nach der üblichen Polizeitaktik des LKA die Dealer vom Ort vertrieben werden. Das klappte nur kurzfristig – nachhaltig vertrieben wurde lediglich die Trinkerszene. »Wir wurden hier ständig kontrolliert und kriminalisiert«, begründete ein Szenevertreter am Runden Tisch den Wegzug. Seitdem halten sich die Grüppchen an anderen Ecken auf.

Klares Signal wäre notwendig

Zum Jahreswechsel 2015/2016 kam es darüber hinaus zum Trägerwechsel des Sozialen Platzmanagements am Leo. Das war neu ausgeschrieben worden, nachdem die Verantwortlichkeit und Finanzierung von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an den Bezirk Mitte übertragen worden war. Das neue Sozialarbeiterteam von »Fixpunkt e.V.« bringt dabei auch Erfahrungen aus dem Kleinen Tiergarten ein, wo es ein ähnliches Projekt betreut. Und es kennt sich gut am Leo aus, weil es dort auch schon zuvor mit seinem »Präventionsmobil« präsent war. Das langjährig gewachsene Vertrauensverhältnis ihres Vorgängers konnten sie aber natürlich nicht auf Anhieb ersetzen.

»Die Szene am Leo hat nicht alle Verbindungen zu dem Aufenthaltsbereich abgebrochen,« sagt der Sozialarbeiter Ralf Köhnlein von Fixpunkt e.V. »Wenn wir dort besondere Angebote machen, zum Beispiel zusammen kochen und Essen ausgeben, dann kommen auch alle – das ist überhaupt kein Problem.« Nur im Normalfall kommt eben kaum einer mehr zum Aufenthaltsbereich. Es ist fast so, als ob die »Szene« auf ein Signal warten würde. So ein Signal könnte beispielsweise eine bauliche Änderung der Toilettenanlage

sein. »Darüber reden wir schon seit Monaten in der Praktikerrunde«, erzählt Ralf Köhnlein. »Man müsste ja eigentlich nur einen Rauchmelder einbauen, der Alarm schlägt und die Türen öffnet, wenn Rauch entsteht. Die Firma Ströer als Betreiberin reagiert aber einfach nicht auf unsere Anfragen.« Ähnliche Probleme mit Heroin-Rauchern gibt es übrigens auch an der Ströer-Toilette am Alexanderplatz.

Kein Ansprechpartner beim Ordnungsamt

Mitglied der Praktikerrunde ist auch wieder Dr. Franziska Becker, die diese maßgeblich mit aufgebaut hatte. Fünf Jahre später sieht sie einen deutlichen Rückzug des Bezirks: »Dem Leopoldplatz fehlt vor allem die Aufmerksamkeit der Bezirksverwaltung. Am Anfang waren ja das Straßen- und Grünflächenamt und vor allem auch das Ordnungsamt intensiv an den Runden beteiligt. Jetzt wissen wir noch nicht einmal, wer beim Ordnungsamt überhaupt unser Ansprechpartner sein könnte.«

Die Stelle des Präventionsbeauftragten im Bezirk Mitte, der die Praktikerrunde koordiniert, wurde bei der personellen Neubesetzung 2015 in der Zuständigkeit neu zugeordnet und ist nicht mehr direkt beim Bezirksbürgermeister angebunden. Franziska Becker bedauert das. »Der neue Präventionsbeauftragte darf jetzt nicht mehr von sich aus Kontakt zu den Amtsleitern der Bezirksverwaltung aufnehmen. Er muss sich an den offiziellen Dienstweg halten. Und der ist oft lang und beschwerlich.«



Zu geräumig: Den behindertengerechten Teil der Toilettenanlage am »Aufenthaltsbereich« missbrauchen immer wieder Drogenabhängige zum »Folienrauchen«.

Bis April aus dem Stadtbild verschwunden?

Von den jetzigen Spielcasinos dürfte kaum eines übrig bleiben – laut Gesetz



Bis April 2017 sollten eigentlich die meisten Spielhallen mit Geldspielgeräten aus dem Straßenbild im Bezirk verschwunden sein. Denn nun greift ein Berliner Gesetz von 2011, das den Betrieb von Spielhallen streng reglementiert. Eine Übergangsfrist von fünf Jahren für bereits bestehende Spielhallen ist Ende Juli abgelaufen. Und damit endeten offiziell auch deren Konzessionen. Zwar haben die meisten Betreiber neue beantragt. Bis Ende September wird aber wohl ein Großteil davon versagt, dann müssten sie bis zum Frühjahr schließen.

In Berlin ist jetzt ein Mindestabstand von 500 Metern zwischen zwei Hallen mit Geldspielgeräten und von 200 Metern bis zur nächsten weiterführenden Schule vorgeschrieben. Die Spielhallen verteilen sich aber nicht gleichmäßig über den Bezirk, sondern konzentrieren sich vor allem in den Nebenstraßen und den Randbereichen großer Geschäftsstraßen wie der Turm- oder der Müllerstraße, beispielsweise in der Umgebung des Bahnhofs Wedding oder in der Stromstraße. In solchen Ballungen dürfte also laut Gesetz nur jeweils eine Spielhalle überleben.

Wie der Casino-Boom entstehen konnte

Das Phänomen der Spielcasinos, die in den späten 2000er Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, gründet zum einen auf der Änderung der bundesweiten Spielverordnung im Jahr 2005. Diese erleichterte das Aufstellen von Geldspielautomaten deutlich und bescherte der Automatenindustrie einen regelrechten Wachstumsboom. Gleichzeitig gerieten traditionelle Geschäftsstraßen in die Krise – um die Jahrtausendwende durch die Konkurrenz unzähliger Shopping-Center und später auch durch den Online-Handel. Mehr und mehr altingesessene Geschäfte gaben auf. Viele Lebensmittel- und Drogerie-Discounter mittlerer Größenordnung zogen zudem in neue Leichtbauhallen mit angeschlossenem Parkplatz, die damals vielerorts auf städtischem Brachland errichtet wurden. Deshalb fanden Spielhallenbetreiber vor allem in Stadtteilen mit geringer Kaufkraft ein großes Angebot an leer stehenden Gewerberäumen. Im Wedding und in Moabit war der Protest vehement: Viele Anwohner sahen die Spielhallen als Signal für den Niedergang ihrer Kieze. Auf Bürgerversammlungen in den Aktiven Zentren Müller- und Turmstraße war deren Ausbreitung eines der am häufigsten genannten Probleme.

Als erstes Bundesland beschloss Berlin im Jahr 2011 schließlich ein eigenes Spielhallengesetz, das im ersten Schritt die weitere Ausbreitung von Spielhallen verhinderte. Nun, nach dem Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist, beginnt Phase 2, in der auch etliche der vorhandenen Spielhallen schließen sollen.

Nicht nur Ordnungsgelder drohen

Das wollen deren Betreiber natürlich nicht. Insgesamt wurden in Berlin 498 Anträge auf Weiterbetrieb gestellt, mehr als ein Viertel davon (nämlich 132) im Bezirk Mitte. Die Gewerbeämter sollten nun bis Ende September letztlich per Losverfahren bestimmen, welche (wenigen) von ihnen länger als sechs Monate weitermachen dürfen. Die übrigen müssen im Frühjahr schließen. Die Bezirke müssen mit Klagen rechnen, denn es geht um viel Geld: Rund 200 Millionen Euro Umsatz pro Jahr machte die Branche zuletzt in Berlin, wovon rund 40 Millionen als Vergünstigungssteuer an das Land abgeführt wurden.

Bisher hat das Land Berlin alle Klagen gegen das Spielhallengesetz gewonnen. Zuletzt hatte das Amtsgericht Tiergarten bestätigt, dass das Ordnungsamt beim unerlaubten Betrieb einer Spielhalle nicht nur Ordnungsgelder verhängen, sondern auch illegal erzieltes Vermögen abschöpfen kann. Im konkreten Fall einer Weddingener Spielhalle musste der Geschäftsführer 1500 Euro Ordnungsgelder zahlen – und darüber hinaus auch 40.000 Euro entrichten, die das Gericht als »Verfallssumme« festsetzte.

Gewerberaum wieder nachgefragt

Viele befürchten, dass anstelle der Spielcasinos jetzt Wettbüros in die Läden einziehen werden. Das wird aber zumindest in den Sanierungsgebieten Turm- und Müllerstraße schwer gemacht. Denn neue Gewerbemietverträge und Nutzungsänderungen benötigen hier einer sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 BauGB, die im Falle von Wettbüros auch durchaus versagt wird.

Außerhalb der Sanierungsgebiete gibt es diese Möglichkeit zwar nicht. Aber anders als noch vor wenigen Jahren, ist Gewerberaum auch in den einstigen Problemzonen der Innenstadt wieder sehr gefragt – es gibt also Alternativen für die Vermieter. Insbesondere im Dienstleistungsbereich sind viele Unternehmen auf der Suche nach Räumen. cs



Möblierte Mikro-Apartments statt Stadtbad

Studentenwohnungen für Kleinanleger liegen voll im Trend

Das ehemalige Stadtbad Wedding in der Gerichtstraße wird abgerissen. Der neue Eigentümer des Grundstücks, die Lambert-Unternehmensgruppe aus Regensburg, möchte an der Stelle des ehemaligen Schwimmbades ein privates Studentenwohnheim errichten.

Erfahrungen in diesem Geschäft hat sie, und genügend Eigenkapital dürfte sie auch mitbringen: Die Lambert-Gruppe entwickelte zuletzt das »Studio B« in der Nähe des Alexanderplatzes mit rund 400 Apartments von rund 20 Quadratmetern, die sie inzwischen nach eigenen Angaben schon komplett als Eigentumswohnungen verkauft hat. Dabei wurde den Kapitalanlegern »Inflationsschutz, riesige Nachfrage, 4,9% Rendite« versprochen. Eine möblierte 24-Quadratmeter-Wohnung sollte eine Netto-Mieteinnahme von 470 Euro im Monat abwerfen, also fast 20 Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen Neben-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, die Warmmiete müsste deshalb deutlich mehr als 600 Euro im Monat kosten.

Diese Angabe stammen aus einer Werbebroschüre vom Frühjahr 2014, inzwischen sind die Mieten für solche Wohnformen sogar noch in die Höhe gegangen: Private Studentenwohnheime wie etwa »THE FIZZ« in der Köpenicker Straße verlangen auch schon mal 700 Euro für 20 Quadratmeter im Monat und haben dennoch keinerlei Vermietungsprobleme. Deshalb ist es kein Wunder, dass gegenwärtig in Mitte überall Projekte für möblierte »Mikro-Wohnungen« entstehen und meist schon vor Fertigstellung an Kleinanleger verkauft sind.

So wird derzeit unweit des Bahnhofs Gesundbrunnen auf dem ehemaligen Hertha-Gelände (»Plumpe«) der »Campus Viva Berlin« fertig gestellt. Die rund 400 Apartments sind schon verkauft, 20 Quadratmeter kosteten dabei etwa 90.000 Euro, also 4.500 Euro/qm. Das Nachfolgeprojekt »Campus Viva Berlin II« soll im Sommer 2018 bereit stehen, verlangt werden dabei allerdings schon 129.000 Euro

Im den ehemaligen Schwimmbädern des Stadtbad Wedding fanden bis zum letzten Jahr viele kulturelle Veranstaltungen statt. Dann musste das »Stadtbad« schließen, weil die Betreiber Brandschutzauflagen nicht einhielten. Jetzt wird es abgerissen. Dem Antrag, der bereits im Mai eingegangen ist, kann der Bezirk nicht widersprechen, weil das Stadtbad nicht unter Denkmalschutz steht.

für eine 20-qm-Bude, das sind knapp 6.500 Euro/qm – gut 40% mehr als beim Vorgänger. Offensichtlich lassen sich in diesem Marktsegment phantastische Gewinne erzielen.

Die Zielgruppe »Studenten« sollte man jedoch nicht allzu genau nehmen. Anders als bei öffentlich geförderten Wohnheimen wie des Studentenwerks gibt es bei privaten Projekten keine Beschränkungen der Nutzergruppe. Streng genommen handelt es sich also um möblierte »Mikro-Apartments«. Für die Vermarktung an Kleinanleger eignet sich die Behauptung von Studentenwohnungen hervorragend. Denn das spricht die Elterngeneration an, in der derzeit viele um ihre Alterssicherung besorgt sind und nach vermeintlich sicheren Anlageformen im »Betongold« suchen. Zudem wird eine sozial stabile Bewohnerschaft suggeriert, die den Eigentümern wenige Probleme bereitet. Die Frage ist allerdings, ob in zwei oder drei Jahren, wenn die jetzt geplanten Apartments auf den Markt gehen, die Nachfragen noch so groß ist wie jetzt – oder ob sich hier nicht eine Blase bildet: Einige der jetzt als Studentenapartments angebotenen Investments könnten sich dann zu Hartz-IV-Ghettos entwickeln. cs

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Der Bezirk Mitte entwickelt derzeit eigene »Leitlinien zur Bürgerbeteiligung« und hat dazu eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gegründet. In einer öffentlichen Bürgerwerkstatt am 25. November werden Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen einzubringen. Außerdem soll ein Online-Dialog eingerichtet werden, an dem man sich beteiligen kann. Die Ergebnisse sollen dann in einen Entwurf für die Leitlinien einfließen, der schließlich von der BVV und vom Bezirksamt beschlossen werden soll. Dazu wurden bereits umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt, z.B. eine 50-seitige Broschüre zur »Entwicklung der Bürgerbeteiligungskultur im Bezirk Mitte«. Man kann sie im Internet herunterladen, genauso wie die Protokolle der AG-Sitzungen. Allerdings ist die entsprechende Seite nicht gerade einfach zu finden: www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungs-koordination/leitlinien-zur-buergerbeteiligung

Starker Zuzug nach Mitte

Berlins Einwohnerzahl wächst merklich. Allein im ersten Halbjahr 2016 verzeichnet das Einwohnermelderegister einen Zuwachs von 42.800 Personen – soviel wie im gesamten Jahr 2015. Dazu gehören nicht nur Flüchtlinge, die meist erst in diesem Jahr von den Melderegistern erfasst wurden, sondern auch viele neue Zuzügler aus dem europäischen Raum: So zog es zum Beispiel innerhalb eines Jahres ca. 500 französische Staatsbürger in die deutsche Hauptstadt. Besonders stark wächst der Bezirk Mitte: seit 2011 um über 40.000 Einwohner, das heißt, um mehr als ein Achtel. Im ersten Halbjahr 2016 kamen ca. 5.000 neue Bewohner hinzu – was den Bezirk vor große Herausforderungen stellt, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur, die bereitgestellt werden muss.

Neue Parkzonen beschlossen

Parkraumbewirtschaftung auch in der Nördlichen Luisenstadt

Das Bezirksamt Mitte hat am 6. September die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt beschlossen. Ende 2017 soll demnach die bereits bestehende Bewirtschaftung im Bezirk Mitte bis an die Bezirksgrenzen zu Friedrichshain-Kreuzberg erweitert werden. Dabei entstehen zwei neue Parkzonen, die durch die Heinrich-Heine-Straße, einem Teil der Köpenicker und den nördlichsten Teil der Michaelkirchstraße voneinander getrennt sind. Die Spree bzw. der Spreekanal sowie die Axel-Springer-Straße und der Spittelmarkt bilden die weiteren Grenzen der beiden Gebiete. Die künftigen Parkgebühren für Auswärtige sollen 50 Cent pro Viertelstunde betragen und montags bis freitags zwischen 9 und 20 Uhr sowie samstags zwischen 9 und 18 Uhr gelten, an Sonn- und Feiertagen sollen keine Gebühren erhoben werden.

Die Entscheidung beruht auf den Ergebnissen einer Untersuchung, die im Zusammenhang mit der Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die Nördliche Luisenstadt durchgeführt wurde. Dabei war eine mehr als 100-prozentige Auslastung des vorhandenen Parkraums festgestellt worden, wobei ein großer Teil des Parkdrucks durch die im Gebiet Beschäftigten entsteht. »Bewohner haben daher häufig Schwierigkeiten, einen Stellplatz in Wohnungsnähe zu finden«, begründet Baustadtrat Carsten Spallek die Maßnahme.

Durch die Parkraumbewirtschaftung sollen die Beschäftigten dazu angehalten werden, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit zu kommen. Einige werden jedoch mit ihren PKWs in Nachbargebiete in Kreuzberg ausweichen, genauso wie auswärtige Besucher der Anwohner. Mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg soll deshalb geklärt werden, ob gegebenenfalls auch Grenzstraßen auf der Kreuzberger Seite in die Parkraumzonen mit einbezogen werden. cs

Sorge ums Engelbecken

Immer wieder wird über Vandalismus und Vermüllung am Engelbecken geklagt, erst Anfang September hatte der Bürgerverein wieder zu einer öffentlichen ehrenamtlichen Reinigungs- und Instandsetzungsaktion gebeten. Doch nun gibt auch der Zustand des Beckens selbst und der Wasserqualität Anlass zur Sorge. Hierzu ist ein »Offener Brief zur groben Vernachlässigung des Gartendenkmals Engelbecken« im Umlauf, der die zuständigen Behörden aufgeschreckt hat und für rege Debatten sorgt. Die ausführliche Diskussion dazu ist nachzulesen unter: www.buergerverein-luisenstadt.de/aktuelles us

Bezirk schließt Vertrag mit Spreeacker e.V.

Schon lange plant der Verein Spreeacker e.V. einen Waldgarten mit Obstbäumen und essbaren Pflanzen. Im Rahmen der Bürgerbeteiligung für den Spreeuferweg wurden die notwendigen Rahmenbedingungen festgesteckt.

Im Juni hat nun der Verein Spreeacker einen Vertrag mit dem Straßen- und Grünflächenamt des Bezirksamts Mitte abgeschlossen, eine sogenannte Pflegevereinbarung. Demzufolge darf der Verein die zukünftig öffentliche Fläche zwischen der ehemaligen Seifenfabrik und den Flächen der Genossenschaft Spreefeld e.G. (das letzte Stück des Wilhelmine-Gemberg-Weges zum Spreeufer) nun nach seinen Vorstellungen beackern. Zugleich erhält der Verein vom Bezirk Unterstützung bei der Bodenvorbereitung, die Bepflanzung soll dann nächste Jahr durch den Verein erfolgen.

Der Verein sieht darin ein sehr positives Zeichen auch für die weitere Spreeuferentwicklung: »Für uns hat die Pflegevereinbarung Modell-Charakter, denn eine ähnliche Verabredung könnte in Zukunft auch für weitere Flächen entlang des Uferweges getroffen werden.«

Der letzte Abschnitt des Wilhelmine-Gemberg-Weges wurde von der Spreefeld e.G. an das Land Berlin verkauft, so dass der Weg nun bis zum Spreeufer gebaut werden kann. us



Herz und Hirn der Volksmarine

Das Marinehaus am Märkischen Ufer und seine blutige Geschichte

Ein Lokaltermin im »Marinehaus« ist einer, der diesen Namen verdient – denn in dem bis 1909 von Otto Liesheim für den Berliner Kriegerverein errichteten Gebäude befindet sich bis heute eine Gaststätte mit diesem Namen.

Das Marinehaus steht an der Spree, von der S-Bahn muss man über die Jannowitzbrücke, vor der chinesischen Botschaft rechts, dort verharret das Haus vor dem Märkischen Museum friedlich mit seinem Eckbrunnen, und nicht einmal der tropft.

Am 8. März 1919, der Erste Weltkrieg war längst vorbei, wurde das Gebäude durch die Truppen Noskes mit schwerer Artillerie, 2-Zentner-Minen und Fliegerbomben beschossen, belegt, bombardiert und gestürmt. Alle Matrosen der Volksmarinedivision, die dort für die Revolution kämpften, fanden den Tod. Wer nicht zerbombt worden war, wurde im Hinterhof erschossen. Sie waren Herz und Hirn dieser Division gewesen.

In der Kneipe scheint heute auf den ersten Blick nichts daran zu erinnern, sie ist mit Fischernetzen, Schiffsmodellen und einem Taucherhelm aus Messing dekoriert, aber auch mit Fotos von Fidel Castros abenteuerlicher Fahrt auf dem Schiffchen Granma, mit der er und seine Freibeuter (darunter Che Guevara) im Jahr 1956 die Revolution nach Kuba schmuggelten.

Doch es hängen auch ältere historische Fotos in dem Lokal, die ahnen lassen, welche zentrale Rolle dieses Haus in einer ganz anderen, früheren Schlacht spielte: bei der Niederschlagung der Novemberrevolution von 1918. Auf einer Gedenktafel draußen an der Wand steht: »Hier befand sich von Januar bis März 1919 der Sitz der Volksmarinedivision, der bewaffneten Formation der revolutionären Arbeiter und Soldaten in der Novemberrevolution. In den schweren Kämpfen gegen die Konterrevolution stand sie fest an der Seite des Berliner Proletariats.«

Angesichts der Massaker in und an diesem Haus ist das Schicksal der 1980 aufgehängten Tafel nicht sehr abenteuerlich, sie war irgendwann ziemlich rostig, wurde ab 1992 in der Gaststätte aufbewahrt und hängt seit 1994 wieder recht ansehnlich am Haus.

Der Stab der Volksmarinedivision aus dem Marinehaus wird abtransportiert durch den Berliner Transport-Verein Knopf, Jüdenstraße 36/37, Inhaber Max Knopf.

Die bewaffnete Volksmarinedivision wurde in der Novemberrevolution vom »Volksmarinerat von Groß Berlin« und Vororten aufgestellt und bestand aus Matrosen der Kaiserlichen Marine, die dem Polizeipräsidenten von Berlin als Ordnungsmacht zur Verfügung standen. Ende November 1918 waren es 3200 Mann: die meisten von ihnen parteilos, aber es gab unter ihnen auch Mitglieder der SPD, der USPD, Kommunisten und Spartakisten.

Im Berliner Marstall saß ihre Verwaltungsabteilung, die zuständig war für Verpflegung, Waffen, Munition und ärztliche Versorgung. Anfangs stand die Volksmarinedivision der gemäßigten Sozialdemokratie und Friedrich Ebert im Kampf gegen Arbeiter- und Soldatenräte bei. So durchsuchten sie sogar die Redaktionsräume der kommunistischen Zeitung »Die Rote Fahne«. Als es zu Gewalt zwischen gemäßigten und revolutionären Truppen kam, sollte die Division die Arbeiter- und Soldatenräte zusammenschießen – doch stattdessen schützte sie mit ihren Waffen den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei. Otto Wels, der damalige Stadtkommandant von Berlin, wollte sie daraufhin entlassen.

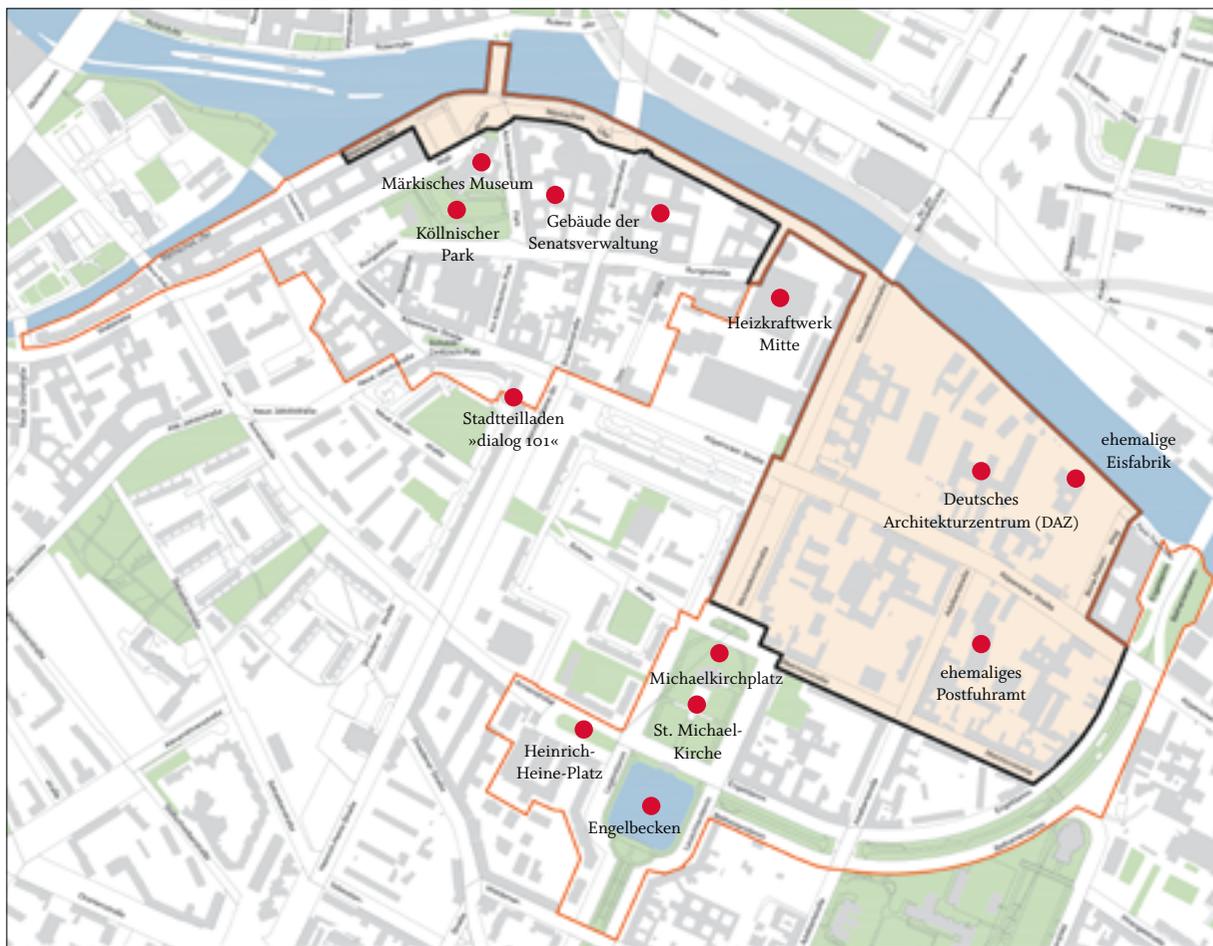
Bei den Weihnachtskämpfen 1918 nahm die Division ihn gefangen. Friedrich Ebert setzte nun die Armee gegen sie ein. Aber die Division wurde von bewaffneten Arbeitern und revolutionäre Einheiten unterstützt, und Ebert musste sie in die republikanische Soldatenwehr übernehmen.

Das Unglück nahm seinen Lauf, als die Division am 5. März 1919 den im Polizeipräsidium eingeschlossenen Regierungstruppen helfen wollte. Die verwechselten sie jedoch mit den Gegnern und begannen zu feuern. Die Volksmarinler schossen zurück und liefen zu den Aufständischen über. Der Stab musste aus dem Marstall fliehen und zog ins Marinehaus. Der Bürgerkrieg eskalierte.

Der Stab der Volksmarine mit ungefähr 100 Matrosen war das Hauptziel. Diese versuchten zwar, ihr Quartier mit Barrikaden auf der Waisenbrücke und mit Waffen zu verteidigen. Gegen die Übermacht mit Maschinengewehren, Flugzeugen und Bomben hatten sie jedoch keine Chance.

Die Märzkämpfe kosteten über 1200 Menschenleben – der höchste Blutzoll der gesamten Revolution. Tausende Aufständische wurden erschossen, die Volksmarine-Division aufgelöst. Wer von den Stabsmitarbeitern im Marinehaus den Beschuss überlebt hatte, wurde danach im Hof hingerichtet. Falko Hennig

Der Autor lädt täglich zum Stadtspaziergang »Engel, Flieger & Genossen« (2h, € 12,-) durch die Luisenstadt und den schmalsten Park Berlins ein, Treffpunkt: 11, 15 und 20 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker, Anmeldung erforderlich, mindestens 5 Teilnehmer, Telefon (0176) 20 21 53 39



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Stadtentwicklungsamt,
Fachbereich Stadtplanung
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Fachbereichsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 Urte Schwedler, Tel 33 00 28 44,
schwedler@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de

Bürgersprechstunde: Montag 14–18 Uhr
 im Stadtteilladen dialog 101,
 Köpenicker Straße 101

Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luisse-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr